

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa.
Bernauer Str. 90.
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gosenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 192.

Dienstag, 19. August 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewährung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftpolze (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kusschlag, feste Tarife. Besondere Rabatte erteilt, wenn der Betrag versällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerin — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Zukunftspläne.

Die Regierung hält in den letzten Tagen wichtige Beratungen ab, die nur zum Teil sich mit laufenden Angelegenheiten beschäftigen. In den meisten Fällen handelt es sich um Zukunftspläne. Sie hat, soweit zu erfahren war, neben den laufenden Fragen: Preisbildung (demnach Behandlung der Kartelle), Lohnfragen, Arbeitsbeschaffung, Handelsfragen (den Schleichenden Antrag auf Kündigung des deutsch-französischen Handelsvertrags), eingehende Ausdrücke über das Ostprogramm, die Finanzreform, die Reichsreform, die Wahlreform gepflogen. Und die Folge dieser Verhandlungen war stets die lapidare Nachricht, die Regierung beabsichtige dem neuen Reichstag einschneidende Beschlüsse zu unterbreiten. Soweit das Ostprogramm in Frage kommt, ist sich die Regierung einig darüber geworden, daß die alte Vorlage in der beschlossenen Form dem Reichstag sofort wieder aufgeführt werden soll. Ueber Finanzreform, Wahlreform, Reichsreform liegen noch keine Beschlüsse vor. Hier sind die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen, aber im Gange. Wenn sich die Regierung gestern bereits wieder mit Finanz- und Wahlreform beschäftigen wollte und die Beratung auf heute vertagte, so geschah das nicht deshalb, weil heute ein abschließendes Programm vorliegen sollte, sondern weil am Montag andere Aufgaben zu lösen waren. Es kann sich bei den gepflogenen und so eifrig geförderten Beratungen auch nicht um Arbeiten handeln, die eilige Erledigung verlangen, sondern gewissermaßen um die Beschäftigung des Reichstages, daß die Regierung, obwohl sie augenblicklich keinen Rückhalt besitzt, nicht müßig gewesen ist, sondern immer tätig war. Die Initiative geht dabei vom Reichsfinanzminister aus, der den Standpunkt vertritt, es sei gleichgültig, ob die Regierung vom neuen Reichstage bestätigt werde oder nicht, sie habe die Verpflichtung, die Reformarbeiten zu Ende zu führen und eventuell der folgenden Regierung fertige Gesetze zu hinterlassen, die diese beschließen, den Reichstag umgestimmt zu befragen. Der nächste Reichstag soll ja sofort das große Reformprogramm durchführen, und sollte eine neue Regierung erst die Vorarbeiten leisten, so würden sich die Arbeiten zu lange verzögern, was eine böse Rückwirkung auf die ganze politische und wirtschaftliche Gestaltung haben müßte.

Es sind also Zukunftspläne, die die Regierung beschließen, Pläne, die sie mit der Intention verfolgen zu müssen glaubt, selbst für den Fall, daß die nächste Regierung sie nur als Unterlage neuer Arbeiten gebraucht. Man begreift vielfach der Auffassung, die Regierung wolle sich durch diese Vorarbeiten unentbehrlich machen und ihre Stellung beschützen. Derartige Erwägungen spielen aber, wie wir unterrichtet sind, bei allen laufenden Beratungen keine Rolle. In der Regierung herrscht, im Gegensatz zu den Äußerungen des Ministers Treviranus, die Auffassung vor, daß sie zurücktreten und die Geschäfte in andere Hände legen müsse, wenn eine andere Reichstagsmehrheit eine anders geartete Regierung verlangt. Man muß jedenfalls anerkennen, daß die Regierung in diesen Zeitläuften unter ihre Ziele verfolgt und an Probleme geht, die nicht morgen oder übermorgen, sondern erst nach geraumer Zeit spruchreif werden können. So hat es z. B. durchaus keine Eile, jetzt schon die Wahlreform vorzubereiten. Für die letzte Wahl kommt die Reform nicht mehr in Frage. Es handelt sich also um eine Vorlage auf weite Sicht, um eine Vorlage, die zudem nicht einmal mit den Sanierungs- und Aufbaumassnahmen zusammenhängt, die aber endlich einmal in Angriff genommen werden muß. Wie der Reichstag darüber denken wird, ist ja eine andere Frage. Es fragt sich überhaupt, ob der Reichstag die Gesetze der jetzigen Regierung mit Freuden begrüßt und ob er ihr Dank wissen wird. Jedenfalls hat sie ihre Pflicht getan. Das wird man ihr nicht absprechen können.

Polen lehnt Grenzregulierung ab:

Eine amtliche Erklärung.

(Warschau. Im Zusammenhang mit der deutsch-polnischen Auseinandersetzung wegen der Rede des Reichsministers Treviranus bringt der „Express“ folgende amtliche Erklärung, in der es u. a. heißt:

Jede Regierung müsse sich in der bestimmtesten Form gegen Kundgebungen auswärtiger Staaten wenden, die sich gegen die Unantastbarkeit ihres Landes richten. Besonders sei dies auch die Reichsregierung auf demselben Standpunkt. Im gegebenen Falle habe der Protest der polnischen Regierung einen besonders entschiedenen Charakter angenommen, weil es sich um die Erklärung eines Mitgliedes der Reichsregierung handelte und dies in einer Form, die den Widerspruch auch bei jenen hervorruft, welche die für eine aufrichtige und friedliche Zusammenarbeit eintreten. Alle polnischen Regierungen hätten niemals eine Gelegenheit verkannt, darauf hinzuwirken, daß alle Ansprüche der deutschen Seite bezüglich der Grenzveränderung, welchen Weg sie auch ergründen möge, immer dem unabweislichen Widerspruch des gesamten polnischen Volkes begegnen werden.

Der „Express“ fügt hinzu, daß diese amtliche Erklärung den Standpunkt Polens in einer so klaren Weise ausdrückt, daß alle Erwartungen auf die friedliche Revision der polnischen Grenze als Beweis der Unwissenheit oder des falschen Willens betrachtet werden könnten.

Wahlreformvorschlag des Reichsinnenministeriums.

M. Berlin. Dem Reichskabinett, das sich Dienstag wieder versammelt, liegen zwei Gesetzentwürfe vor: über die Reform des Reichstagswahlgesetzes und die Reform des Finanzamts. Der vom Reichsinnenministerium ausgearbeitete Wahlreformentwurf enthält in der Hauptsache nur eine Veränderung der Wahlkreiseinteilung. Gegenwärtig gibt es 35 Wahlkreise. Der neue Entwurf schlägt die

Bildung von 162 Wahlkreisen

vor mit einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 200 000. Wenn das Wahlalter beibehalten wird, bedeutet das Wahlkreise mit rund 260 000 Wahlberechtigten und (eine

80prozentige Wahlbeteiligung vorausgesetzt) von rund 200 000 Wählern. Diese Wahlkreise sollen eine unmittelbare Beziehung zwischen Wählern und Kandidaten ermöglichen. Von Bedeutung wird es sein, wie in den verbleibenden Wahlkreisen dem Grundbesitz des Verhältniswahlrechtes Rechnung getragen wird, besonders bei der Zusammenfassung der Reststimmen. Denn die Reststimme soll verschwinden. In Zukunft sollen die Reststimmen in den Wahlkreisen selbst verrechnet und aufgestellt werden.

Es ist zu beachten, daß im Mai 1928 nicht weniger als 75 Mandate durch die Reichsliste erworben worden sind. Bekanntlich wird die Zusammenlegung der Reichsliste durch den Vorsitzenden und den Vorstand der Parteien bestimmt.

Wahlaufruf des deutschen Handwerks.

* Berlin. Die Gruppe der Handwerker-Bünde im Reichsverband des deutschen Handwerks veröffentlicht einen von Präsident Willmann und Syndikus Dr. Hofkamp gezeichneten Wahlaufruf, der folgenden Wortlaut hat:

In überaus erster Zeit soll das deutsche Volk durch die Wahl eines neuen Reichstages sich eine Volksgemeinschaft schaffen, von der jedermann, dem das Wohl von Volk und Vaterland am Herzen liegt, eine Zeit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geländung Deutschlands erwartet.

Zwölf schwere Nachkriegsjahre sind ins Land gegangen. Trotz aller nationalen Not hat die parteipolitische Entartung des parlamentarischen Systems immer wieder über die Notwendigkeit fruchtbringender Gemeinschaftsarbeit triumphiert. Dem deutschen Handwerk — der zuverlässigsten Stütze der deutschen Volksgemeinschaft, einer der stärksten Träger geistiger und wirtschaftlicher Leistung, dem berufenen Hüter der sozialen Gerechtigkeit und Aufstiegs, dem treuesten Kämpfer und Bewahrer deutscher Kultur — ist all die Jahre hindurch der Lebensdraum in Staat und Wirtschaft freigeblieben und von Jahr zu Jahr verengt worden. Immer härter werden die Existenzgrundlagen des deutschen Handwerks bedroht; immer hoffnungsloser gestalten sich die Voraussetzungen eines Wiederaufstiegs aus dem beispiellosen Elend des Nachkriegsjahres. Zwischen den auf Klassenkampf eingestellten Massen des Sozialismus und der anonymen Macht des Großkapitals muß das deutsche Handwerk den erbitterten Kampf ums Dasein führen.

In solcher Zeit ist es eine elementare staats- und berufshandpolitische Pflicht, daß jeder einzelne Angehörige

des deutschen Handwerks am 14. September 1930 von seinem Recht auf Mitgestaltung am zukünftigen politischen Schicksal des deutschen Reiches Gebrauch macht.

Neben ein Drittel der mittelhändischen Wählerkraft ist bei den letzten Reichstagswahlen der Wahlerfolg geblieben. Diese politische Mitspracherechtung hat das deutsche Bürgerium immer genug bezahlt. Keine noch so große politische Enttäuschung, keine noch so berechtigte Partei- und Staatsverdrossenheit darf irgend einen Angehörigen des deutschen Handwerks abwärts heben lassen. Gebieterisch verlangt der 14. September 1930 von uns: Nichts hinein in die Wahlfront! Keine Stimme den sozialistischen Parteien, denn sie fördern die Sozialisierung und Kommunalisierung! Hinweg mit dem ungeliebten Heer der Nichtwähler!

Das deutsche Handwerk wird nach vorausgegangenen Verhandlungen mit den politischen Parteien in besonderen Anrufen die Parteien namhaft machen, die sich zur Erhaltung des deutschen Handwerks und zur wirksamen Anwendung des Artikels 164 der Verfassung des Deutschen Reiches verpflichtet haben.

Noch zählt das deutsche Handwerk Millionen Stimmen zu den Seinen. Werden sie rechts in die Wahlkreise dieses entscheidenden Wahlkampfes hineingeworfen, dann wird damit der Boden für eine bessere und glücklichere Zukunft von Volk und Vaterland vorbereitet.

„Deutsches Handwerk erfülle deine Pflicht!“

Serbische Kriegsfanfare gegen Ungarn.

Belgrad. Die Rede des Grafen Bethlen ins Ausland hat in Belgrad starke Resonanz erregt. Dies kommt am Montag in einem Artikel der „Pravda“ zum Ausdruck, die die Rede des ungarischen Ministerpräsidenten in scharfster Weise kritisiert. Die „Pravda“ behauptet, daß es sich bei der Rede um eine Verhöhnung zur Erhebung der Habsburger auf den Thron handle und erklärt, die Geheimdiplomatie Bethlens sei nicht nur ein ungarischer Skandal, sondern auch eine europäische Schande, wie sie schon lange nicht ereignet habe. Trotz aller Bemühungen der Kulturstaaten, den Frieden aufrechtzuerhalten, sei der ungarische Ministerpräsident nicht davor zurückgeschreckt, die europäische Moral mit seiner Geheimdiplomatie zu diskreditieren. Er sammle gefährlichen Sprengstoff, um damit den Weltfrieden in die Luft zu sprengen. Das Weltgewissen verlange, daß das Abenteuer des Grafen Bethlen als ein Anschlag auf den Weltfrieden gewertet werde. Nicht nur die Aktion Bethlens, sondern auch die Haltung Europas sei eine Schande. (1) Denn in Europa sei gegen Ungarn noch nicht ein einziger Protest laut geworden. Die Dürftigkeit, die Bethlen einst im Völkerbund erhalten habe (?), sei eine Kleinigkeit gegen die Ohrfeige, die er jetzt der europäischen Moral verfehle (1). Daher sei es die erste Pflicht der Vertreter des Friedens, daß sie sich zu einem Gegenangriff gegen die kriegerische Wählarbeit Bethlens zusammenschließen.

Belgrad. Die „Novosti“ veröffentlicht einen Artikel aus Belgrad, wo sich gegenwärtig der jugoslawische Hof, die Minister und das diplomatische Korps aufhalten. Der Artikel beruft sich auf Informationen von unterrichteter Seite und kündigt gegen Ungarn und Bulgarien Waffengewalt an, falls die Habsburgerfrage und die Frage des magarischen Komitees nicht in befriedigender Weise gelöst würden. Der Gewährsmann der „Novosti“ betont, daß die Wiedererrichtung der Habsburger in Ungarn eine klar definierte Verletzung der Friedensverträge bedeuten würde. Daher hätten Südslawien und die kleine Entente in diesem Fall das Recht, mit Waffengewalt einzugreifen.

Wenn man auch hoffen könnte, daß die ungarische Politik nüchtern genug sei, um einen Unterschied zwischen Demonstrationen und praktischer Politik zu machen, so sei doch für jeden Fall Aufmerksamkeit geboten. Gegenüber Ungarn warte Südslawien die Entwicklung der Beziehungen noch ab. Die Regierung werde aber nicht länger mit gekrenzten Armen die hitzigen Herausforderungen der Maschonen entgegennehmen, sondern ganz energisch das Einschreiten des Völkerbundes gegen die Friedensstörer am Balkan verlangen. In dem Fall, daß der Völkerbund sich einzusetzen weigere, würde Südslawien den Standpunkt vertreten, daß es gegenüber Bulgarien freie Hand habe. Bezeichnend ist, daß der Artikel der „Novosti“ auch durch die amtliche Agentur Avala verbreitet wird.

Polnische Kundgebung am Reichsfeldbrüderkopf.

(Dirschau. In den fünf Reichsfeldbrüderköpfen, die trotz des allgemeinen deutschen Abstimmungsstokes Polen zugeweiht wurden, fand die Jahreshauptfeier der Wehrmannen dieser Teile statt, an der ein großer Teil der Starosten (Landräte) des angrenzenden polnischen Gebietes und Vertreter der Militär- und Zivilbehörden mit dem pommerellischen Weiboden Ramos teilnahmen. Nach der Ansprache des Weiboden und des Bürgermeisters von Rewe hielt der Direktor des polnischen Wehrmannenvereins eine Rede, die in einer vom Wehrmannenverein eingehenden Resolution gipfelte. In dieser Resolution, die sich in scharfster Form

gegen Reichsminister Treviranus wendet, wird von der „Wohlfahrt eines deutsch-polnischen Krieges“ gesprochen und von der polnischen Regierung eine energische diplomatische Intervention verlangt. Zum Schluß wird die polnische Bevölkerung aufgerufen, „alle Kräfte unter der Parole: Die Front zum Meer und zu Pommern!“ zu mobilisieren.

„Graf Zeppelin“ gestartet.

(Friedrichshafen. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist um 5.15 Uhr mit 30 Passagieren an Bord wieder zu einer Schweizer Fahrt aufgestiegen.